

## Presseerklärung

Presseerklärung AG Mitte der Stiftung Zukunft Berlin

Am 14.01.2021 soll der Landschaftsplanerische Wettbewerb Rathaus- und Marx-Engels-Forum ausgelobt werden. Verantwortet wird der Wettbewerb von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Er hätte schon im August 2020 starten sollen, drohte dann zu scheitern und wird nun jedoch mit noch geringerem Budget (23 Mio.) ausgelobt. Folgende Schwerpunktbereiche sollen bearbeitet werden:

1. der barrierefrei herzustellende Uferbereich des Marx-Engels-Forums,
2. die Schaffung eines Orts der Demokratie vor dem Rathaus,
3. die Verknüpfung der Teilbereiche Rathausforum und Marx-Engels-Forum über die Spandauer Straße hinweg, um den erlebbaren Gesamttraum zu stärken.

## Weitere kleinteilige Maßnahmen statt Gesamtkonzept

Die AG Berliner Mitte der Stiftung Zukunft Berlin ist davon überzeugt, dass ein weiterer kleinteiliger Wettbewerb, bevor übergeordnete Entwicklungsziele für die Mitte der deutschen Hauptstadt entschieden sind, nur Zeit und Geld vergeudet. Wir müssen es endlich als Chance verstehen, der dezentral gewachsenen Stadt ihre historische Mitte als Ort zukünftiger Entwicklungen zu geben und diese nicht weiter durch punktuelle Interventionen zu fragmentieren. Viel Geld ist bereits in eine Reihe unzusammenhängender Einzelmaßnahmen geflossen. So bekam die Marienkirche eine Art Flächen-Passepartout, für ein neues Luther-Denkmal wurde ein Wettbewerb durchgeführt; nach dem U-Bahn-Bau bekam das Spreeufer gegenüber dem Humboldtforum keine neue Aufgabe, sondern die Kaimauer wurde in alter Form wiederhergestellt; an der Spandauer Straße schuf Micha Ullman ein Denkmal für Moses Mendelssohn; der Bund fördert die Treppe des Flussbades; die Gestaltung des Molkenmarkts und die Breite der Mühlendammbücke werden geplant und so weiter ... So werden fortwährend Tatsachen geschaffen, die (teilweise) später erarbeiteten übergeordneten Zielen entgegenstehen. Ein Wettbewerb soll es nun richten – ein probates Mittel, um überfällige Entscheidungen weiterhin zu vermeiden.

## Konsequenzen und Anforderungen

1. Um die Potenziale der historischen Berliner Mitte zu entfalten, muss die den Bürgerleitlinien von 2015 entgegenstehende Unterschutzstellung des Denkmalensembles „Ehemalige Sozialistische Zentrumsfläche“, die die Sendeanlage, die Freifläche und die Brunnenanlage mit dem Neptunbrunnen (Schlossbrunnen) umfasst, überdacht werden. Der Status Quo blockiert eine

### Kontakt:

Charlotte Olie  
Stiftung Zukunft Berlin  
Projektmanagement  
Klingelhöferstraße 7  
10785 Berlin

Tel. +49 30 26 39 229-42  
Fax +49 30 26 39 229-22  
olie@stiftungzukunftberlin.eu  
www.stiftungzukunftberlin.eu

zukunftsfähige Entwicklung des Areals, vor allem der Freifläche zwischen Fernsehturm und Rotem Rathaus. Die Wettbewerbs- teilnehmenden sollten auf einen dynamischen Denkmalschutz hingewiesen werden, der gut begründete Alternativen zulässt.

2. Der zentrale Platz mit Rathaus und Marienkirche muss zum Platz der Demokratie werden. Ein solcher Ort braucht eine offene Platzmitte, eine enge Vernetzung in die Umgebung und eine attraktive Platzbegrenzung und -gestaltung. Der Brunnen darf die Freifläche nicht verstellen und muss zurück an seinen ursprünglichen Ort. Aktuell ist das nicht möglich, da er ohne öffentliche Debatte oder politischen Beschluss als Bestandteil der ehemaligen „Sozialistischen Zentrumsfläche“ unter Schutz gestellt wurde. Zusätzlich wird die Gestaltung durch die geplante Tram erschwert. Ein zivilgesellschaftliches „Haus der Demokratie“ als Gegenüber zum Roten Rathaus an der Spandauer/Karl-Liebknecht-Straße, wie von vielen Initiativen gefordert, muss in den Wettbewerbsvorschlägen berücksichtigt werden.
3. Das ‚Marx-Engels-Forum‘ und seine Parkanlage muss in Beziehung zum Humboldt-Forum gesetzt werden. Es muss ein Ort mit Aufenthaltsqualität entstehen, ein Reflexions- und Entspannungsbereich, der den internationalen Charakter des Humboldt Forums aufgreift und auch selbst als zukunftsweisender Ort gestaltet wird. Er ist Vermittler und Scharnier zwischen Platz der Demokratie und Humboldt-Forum, zwischen Politik und Kultur. Er kann als „Welt-Park“ mit Pflanzen aus aller Welt Bezug zu den Ausstellungen im Humboldt Forum, als „Lehrgarten“ Bezug zur Stadt mit Hinweisen auf die Parks und Grünanlagen in Berlin nehmen. Er kann den Umgang mit Grün in der Stadt im 21. Jahrhundert (Klimaanpassung, Starkniederschläge und Trockenheit, Robustheit, Vielfalt der Nutzungen) exemplarisch darstellen. Das vorhandene Denkmal "Marx und Engels" könnte durch weitere Persönlichkeiten und Orte z. B. aus der Berliner Aufklärung ergänzt und neu in geeigneter Form präsentiert werden.
4. Freiräume, Verkehrsräume und gebaute Räume sind engmaschig miteinander zu vernetzen. Das betrifft in besonderem Maße eine engmaschige Erschließung des großen Raumes zwischen Humboldt Forum und Fernsehturm, damit er in einem engen Kommunikationszusammenhang mit dem Umfeld seinen künftigen öffentlichen Aufgaben überhaupt gerecht werden kann. Mit zunehmender Bedeutung des Fußgänger- und Fahrradverkehrs als Kommunikationsform wächst der Bedarf, die Stadt der kurzen Wege, die engmaschige Erschließung der Mitte Berlins als Bürgerstadt, die in

bestimmten Phasen des Städtebaus beseitigt wurde, zurückzugewinnen. Ein Wegenetz mit der unmittelbaren Umgebung vom Hackeschen Markt bis zur Mühlendamm Schleuse sowie ein übergreifendes Verkehrskonzept für die gesamte Mitte sind zu erarbeiten. Ohne z. B. die zukünftige Funktion der Spandauer Straße geklärt zu haben, kann der Freiraum nicht beplant werden. Die Stiftung Zukunft Berlin hat für ein Wegenetz eine Grundlage erarbeitet.

5. Wie die Geschichte in der Berliner Mitte erlebbar gemacht werden kann, muss geklärt und berücksichtigt werden. Mögliche zukünftige kleinteilige Grabungen müssen mitbedacht werden (z.B. Hoher Steinweg 15, hier befindet sich das älteste Haus Berlins). Historische Orte im Wettbewerbsgebiet wie z.B. die Spandauer Straße als Ort der Aufklärung müssen sich entfalten können und sichtbar werden. Die Rathausstraße sollte als verkehrsfreie Flaniermeile vom Alexanderplatz bis zum jetzt wieder entstehenden Schlossplatz an den anliegenden Gebäuden und Denkmälern die Geschichte Berlins sichtbar machen. Die Wettbewerbsergebnisse dürfen das nicht verhindern.

Sinnvoller als der angekündigte Wettbewerb wären die Erarbeitung eines übergeordneten Gesamtkonzepts und darauf aufbauend (Zwischen-) Entscheidungen und Wettbewerbe. Vorschläge und die zu klärenden Sachverhalte liegen seit Jahren auf dem Tisch. Die Erstellung eines Verkehrskonzepts wurde bereits 2015 beschlossen. Der Senat drückt sich mit diesem Wettbewerb vor Entscheidungen und schafft neue Tatsachen, die den Gestaltungsspielraum für die Berliner Mitte weiter einschränken und die Ergebnisse des umfangreichen Bürgerdialogs unbeachtet lassen.